

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 26

Stefan Appelius / Lothar Wieland

**Reden zur Eröffnung des
Fritz Küster-Archivs**



VORWORT

Am 25. November 1988 eröffnete die Universität Oldenburg in Anwesenheit zahlreicher Gäste, von denen viele an verschiedenen Phasen der deutschen Friedensbewegung aktiv beteiligt gewesen waren, das Fritz Küster-Archiv für Geschichte und Literatur der Friedensbewegung. Neben dem Carl von Ossietzky-Archiv hat sich die Universität Oldenburg mit dem neuen ein zweites Standbein zur Erforschung des Pazifismus in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geschaffen. Während der Schwerpunkt des ersteren in der Zeit der Weimarer Republik und den ersten Jahren faschistischer Herrschaft liegt, sammelt das zweite hauptsächlich Material für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Während der eineinhalb Jahre Aufbauarbeit hat das neue Archiv bereits einen beachtlichen Umfang angenommen, und schon vor der offiziellen Übergabe an die Öffentlichkeit fand es das Interesse von zahlreichen ortsansässigen und auswärtigen Benutzern.

Wenn das neue Archiv den Namen Fritz Küsters trägt, ist dies nicht nur darin begründet, daß uns Ingeborg Küster dankenswerterweise den Nachlaß ihres Mannes überließ, sondern nicht weniger in der überragenden Bedeutung, die Fritz Küster von Mitte der 20er Jahre an für die Friedensbewegung in Deutschland hatte. Mutig und klug kämpfte er gegen den Militarismus in der Weimarer Republik, gegen den aufsteigenden Faschismus und gegen die Wiederaufrüstung nach 1948. Er stellte sich ungeschützt an die Spitze derjenigen, die zwar Minderheiten und Außenseiter blieben, auf deren Seite aber, wie sich im nachhinein bestätigt, gleichwohl die historische Vernunft war.

Lothar Wieland hat in seiner Rede zur Eröffnung des Fritz Küster-Archivs die Rolle Küsters in der Weimarer Republik behandelt und dabei manches Vorurteil gegenüber Küster, das sich in einigen aufeinander aufbauenden, am historischen Material ungeprüften Darstellungen findet, korrigiert. Stefan Appelius, von dem der Anstoß zur Gründung des Archivs ausging und der die entscheidende Aufbauarbeit geleistet hat, stellte in seiner Rede die Ergebnisse seiner Recherchen über Küsters politische Fähigkeit nach 1945 dar. Seine Rede zeigt, daß die mit der Namensgebung verbundene Identifikation nicht die Kritik an dem einen oder anderen politischen Vorgehen Küsters ausschließt.

Oldenburg, 15. Januar 1989

Hermann Havekost

LOTHAR WIELAND

Fritz Küster und der Kampf der Deutschen Friedensgesellschaft in der Weimarer Republik

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Friedrich Wilhelm Foerster, der große Pädagoge und hell-sichtige Warner vor dem deutschen Weg in die Katastrophe, fällte 1932 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Die Zeit" ein Urteil, das ich gerade heute angesichts der Tendenz, das "Dritte Reich" erneut aus der deutschen Geschichte der letzten 120 Jahre ausblenden zu wollen, für sehr aussagekräftig halte: "Hitler", so schrieb Foerster, "ist derjenige deutsche Mensch, der seinen ganzen Glauben, all sein Vertrauen, all seine Opferkraft vier Jahre lang in die deutsche Sache gesetzt, dafür im Schützengraben gelegen, Gas geschluckt, den Beruf verloren hat und für all dies Opfer nichts gewonnen hat als nationale Demütigung, Pflicht zu unabsehbarem Schadenersatz, Entlarvung des Staates von jedem Glanz und jeder Farbe, Verlust aller deutschen Auslandsstellungen, Verkürzung des Lebensraums für das deutsche Volk, Verdüsterung aller Lebenshorizonte". Derjenige deutsche Mensch, der dies alles erlebt, aber die Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung sowie des Nachkriegselends richtig erkannt habe, sei leidenschaftlicher Pazifist auf Leben und Tod geworden. Derjenige deutsche Mensch und Kriegsteilnehmer aber, der all jene Ursachen und Wirkungen nicht richtig gedeutet habe, sondern der Lügenpropaganda zum Opfer gefallen sei, die sofort nach dem Kriege die Opfer des Verbrechens von der Fährte der Schuldigen ablenkte, der sei nun von rasender Wut gegen den

"Vernichtungswillen des Feindbundes", die "Schuldlüge", die "Novemberverbrecher" erfüllt worden.

Die Jahre des Weltkrieges nehmen in Foersterns Interpretation eine entscheidende Rolle ein, sie geben den Menschen ihre Prägung, entscheiden über Bewußtseinshaltungen und politische Ansichten - der weitere Lebenslauf wird vorgeformt. Es genügt, an dieser Stelle die Biographien der Generäle von Schoenaich und Deimling in Erinnerung zu rufen, die sich unter der Einwirkung der Kriegsgeschehnisse zu überzeugten Pazifisten wandelten. Auf der anderen Seite bekräftigen die Karrieren eines Hitler, Göring, aber auch Ernst Jünger und anderer Foersterns Urteil. Wir können also von einem pazifistischen und einem nationalistischen Kriegserlebnis sprechen, das den weiteren Lebensweg der betroffenen Menschen in hohem Maße bestimmt.

Fritz Küsters Kriegserlebnis im besonderen und das seiner Mitarbeiter im allgemeinen war pazifistischer Natur. Im Gegensatz zu denjenigen gesellschaftlichen Kräften, für die sich die Bestimmung des Menschen erst "in Stahlgewittern" realisierte, symbolisierte der Krieg für ihn nichts als organisierte Massenvernichtung, als Zerstörung zivilisatorischer Errungenschaften. Der Krieg war ein Rückfall in die Barbarei längst für überwunden gehaltener Zeiten. Der Haß auf den allzerstörenden Krieg verleitete Küster und seine Mitarbeiter jedoch nicht zu einem erkenntnishemmenden Fatalismus. Sie lehnten es ab, sich die nichtssagende, rein politischen Zielsetzungen dienliche Formel der Bolschewiki zu eigen zu machen, wonach der Kapitalismus den Krieg verursache. Sie wußten zu differenzieren, zu vergleichen, sie suchten die Wahrheit, sie stellten die Kriegsschuldfrage.

Küster kam aus der welfischen Bewegung und war deshalb schon antipreußisch eingestellt. Er verstand den Ersten Weltkrieg als Fortsetzung der preußischen Eroberungskriege von 1864, 1866 und 1870/71.

Spätestens nach der Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich war Küster davon überzeugt, daß Deutschland einen Angriffskrieg führe. Er erkannte, daß die Behauptung, Deutschland sei von den Mächten der Entente überfallen worden, eine Lüge war. In der Folgezeit weigerte sich Küster, für die Krieganleihen zu zeichnen, was ihm eine Verwarnung durch seinen Arbeitgeber, die Reichsbahnbehörde Elberfeld, einbrachte. Damit befand er sich schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn im Lager der Gegner der deutschen Kriegspolitik. Noch während des Krieges nahm er Kontakte zu anderen Oppositionellen auf. Er trat in Verbindung zu dem antipreußisch orientierten Kreis des Pfarrers Wilhelm Hopf in Hessen und zu exilierten deutschen Kriegsgegnern in der Schweiz, deren Sprachrohr die 1917 gegründete "Freie Zeitung" war.

Für Küster hat der 4. August 1914 eine überragende Bedeutung: er ist ein Schicksalstag des deutschen Volkes. Mit der Entscheidung, seine Nachbarn in West und Ost anzugreifen, habe Deutschland gegen die Errungenschaften des zivilisierten Europas verstoßen. Erst durch die Erkenntnis und das Bekenntnis der Schuld könne Deutschland wieder auf den rechten Weg gebracht werden. Voraussetzung für die Schaffung eines friedlichen Deutschland war demnach die Abkehr von der in Deutschland herrschenden kriegerischen Mentalität, war die moralische Reinigung. Dazu bedurfte es in erster Linie der Klärung der Kriegsschuldfrage und der Verurteilung derjenigen Personen, die für das Komplott von 1914 verantwortlich waren. So wird es verständlich, daß Küster, der sich 1918 enthusiastisch zur Revolution bekennt, der Politik des "Spartakus-Bundes" widerspricht. Revolution der Wahrheit, nicht soziale Revolution, lautet für ihn die Forderung der Stunde. Um der aus ihr hervorgehenden Staatsform, der ersten deutschen Republik, eine feste Basis zu geben, setzt sich Küster für den unwiderruflichen Bruch mit der Vergangenheit, mit den gestürzten Mächten des Halb-

solutismus ein, die den Krieg verursacht haben. Nur wenn die Schuld der alten Gewalten an dem Massenmorden des Weltkrieges schonungslos aufgedeckt werde, könne ein Wiedererstarren der reaktionären Kräfte verhindert werden. Damit unterstützte Küster eine politische Strategie, die zwischen 1918 und 1920 von entschiedenen Pazifisten wie Georg Friedrich Nicolai, Helmut von Gerlach oder Hans Paasche, aber auch von unabhängigen Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Karl Kautsky oder Kurt Eisner vertreten wurde.

Küsters Haltung in der Kriegsschuldfrage prägt die Position, die der Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft und das "Andere Deutschland"* als dessen Organ hierzu einnehmen werden. In der Berichterstattung des pazifistischen Blattes wird die Frage der Schuld an der Auslösung des Ersten Weltkrieges den zentralen Platz erhalten, von wo aus sich alle Stellungnahmen zur deutschen Außen- und Innenpolitik ableiten lassen. Schon 1924 schreibt ein Funktionär der DFG im "Pazifist", dem Vorläufer des "AD": "Die Kriegsschuldfrage muß geklärt werden! Sie muß bis ins kleinste Detail diskutiert werden und zwar nicht allein in jeder Ortsgruppe der Friedensgesellschaft, sondern sie muß vor dem ganzen deutschen Volk von neuem aufgerollt werden. Ohne objektive Klärung der Kriegsschuldfrage bzw. bei der einseitigen Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die deutsche offiziöse Presse ist Ruhe in Deutschland und Europa nicht zu erreichen und der nächste Krieg nur eine Frage der Zeit!" Indem Küster und seine Mitarbeiter der Kriegsschuldfrage eine derartige Bedeutung einräumten, waren alle Kontroversen mit politischen Gegnern oder auch Gleichgesinnten vorprogrammiert.

* Im Folgenden:
DFG für "Deutsche Friedensgesellschaft" und
AD für das "Andere Deutschland".

Die nicht nur von Küster, sondern auch von anderen pazifistischen Persönlichkeiten gestellte Forderung nach Abkehr vom bisherigen Weg verhallte ohne nennenswerte Wirkung. Das offizielle Deutschland leugnete aus unterschiedlichen Gründen die Schuld von 1914. Das Ergebnis der sich in Noske und seinen Freikorps manifestierenden Gewaltpolitik war eine Republik ohne Republikaner, ein Volksstaat ohne sozialen Inhalt. Im Schatten der zwischen linken und rechten Sozialdemokraten ausgefochtenen Kämpfe konnten sich diejenigen Kräfte konsolidieren, die eigentlich 1918 von der politischen Bühne Abschied hätten nehmen sollen. Sie waren nicht bereit, das Ergebnis des Ersten Weltkrieges - Republik und Versailler Vertrag - als Basis ihrer künftigen Politik zu akzeptieren. Sie strebten die Überwindung von Republik und Versailler System an. Angesichts der ungebrochenen militärstaatlichen Tradition, für die bereits der Kapp-Putsch mehr als ein Zeichen war, stellte sich für Küster und den radikalen Pazifismus die Aufgabe der Organisation des Anderen Deutschland, des Gegners von Militarismus und Nationalismus.

Küster steht stellvertretend für die Wandlung des Pazifismus seit 1914. Die deutsche Friedensbewegung nach 1918 unterschied sich fundamental von dem Pazifismus der Vorkriegsjahre, der sein Hauptanliegen darin sah, Kriege durch die Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten, durch den Abbau der "Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen" und durch Abrüstung zu vermeiden. Der Weltkrieg machte das Scheitern dieser Politik evident. Um einen weiteren Krieg zu verhindern, bedurfte es anderer Mittel. Teile des Pazifismus erkannten während des Krieges die Notwendigkeit, einen Zugang zu den Volksmassen zu finden.

Da gleichzeitig die Sozialdemokratie ihre Abneigung gegenüber pazifistischen Friedenssicherungsstrategien ablegte, kam es zu einer Annäherung beider politischen Strömungen, die

sich Küster nach 1918 zunutze machte. Die Erfahrungen des Weltkrieges brachten ihn zu der Erkenntnis, daß das breite Volk für die Kriegsbekämpfung, für den Pazifismus zu mobilisieren sei. Die Massen sollten in den Entscheidungsprozeß über Krieg und Frieden einbezogen werden. Denn es waren die einfachen Leute, die zunächst, ob an der Front durch Waffeneinfluß oder zu Hause durch Lebensmittelknappheit, unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden hatten. Sie galt es zu sensibilisieren, für die Friedenssicherung empfänglich zu machen. Der deutsche Nachkriegspazifismus nahm damit den Charakter einer Massenbewegung an, die allmählich auch soziale Forderungen in ihr Programm einbezog. Der Wandel vom elitären, individualistischen Honoratioren pazifismus der Vorkriegszeit, dem es fernlag, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als kriegsfördernd zu kritisieren, zum radikalen Aktivismus war vollzogen. Der von Küster repräsentierte Pazifismus, die sogenannte "Hagener Richtung", stellte ein Primat der Innenpolitik auf: danach garantierte erst die vollständige Demokratisierung der Staaten, für die Westdeutschen zunächst Deutschlands, die Wiederholung von Kriegen.

Unter den veränderten Voraussetzungen bot es sich an, die vor allem sozialdemokratischen, aber auch linksliberal orientierten Bevölkerungsschichten für die Friedensbewegung zu gewinnen. 1919 machte sich Küster gemeinsam mit Friedrich Kayser im westdeutschen Industriegebiet, in dem die Sozialdemokratie traditionell stark, der Pazifismus jedoch schwach war, an diese Aufgabe. Im gleichen Jahr wurde die Hagener Ortsgruppe der DFG gegründet. Von Hagen i. Westfalen aus, seinem Wohnort und seiner Dienststelle, begann Küster mit der Verbreitung antimilitaristischen Denkens. Hagen wurde Sitz der Arbeitsgemeinschaft der südwestfälischen Ortsgruppen der DFG. Im August 1921 gehörten der Arbeitsgemeinschaft, zu deren Vorsitzenden Küster gewählt wurde, sechs Ortsgruppen an. Sie hatte den Zweck,

die verschiedenen Ortsgruppen zu gemeinsamer Propagandatätigkeit zusammenzufassen. Der Koordination des antimilitaristischen Kampfes diente auch die Gründung eines von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft obligatorisch zu beziehenden Nachrichtenblattes. Das politische Ziel, das sich das neue Blatt, der "Pazifist", setzte, war die "Einheitsfront aller ehrlichen Friedenskämpfer, ohne Unterschied der Partei oder der Religion, gegen Imperialismus, Chauvinismus und Militarismus: für Wahrheit, Freiheit und Weltfrieden!" Nicht Klassenkampf, sondern Einheitsfront gegen die in Deutschland nach wie vor starken imperialistischen und militaristischen Kräfte. Was nach 1918 in fahrlässiger Weise versäumt worden war, sollte durch eine Sammlungsbewegung der friedliebenden und republikanisch gesinnten Menschen doch noch erreicht werden: Bruch mit der militärstaatlichen Tradition, die unter dem Deckmantel der Republik in der Reichswehr, der Justiz und der Bürokratie weiterlebte. Dem "Deutschland der Anderen", das die "Idee von 1914" weitertrug und die 1918 geschaffenen Verhältnisse zu revidieren gedachte, war das "Andere Deutschland" entgegenzustellen: das Deutschland, das sich von dem 1871 mit "Blut und Eisen" gegründeten Bismarckreich distanzierte, um in Anknüpfung an 1848 und 1789 ein neues demokratisches Deutschland ins Leben zu rufen. An die "Stelle der bisherigen Macht-vor-Recht-Politik sollte eine "Politik des Rechtes und der Gerechtigkeit" gesetzt werden.

Als Folge der unzähligen Aufklärungskampagnen, die Küster und seine Freunde 1923/24 im westdeutschen Raum starteten, gewann der Pazifismus stetig an Boden. Am 17. Februar 1924 wurde der Westdeutsche Landesverband der DFG gegründet, in dessen Vorstand August Bangel, Kayser und Küster gewählt wurden.

Aus der "Gesinnungsgemeinschaft" der Pazifisten von vor 1914 entstand die "Kampfgemeinschaft", deren Besonderheit

in einer neuen Organisationsstruktur und einer modifizierten Agitationsform lag. Während die Ortsgruppen der DFG bis dato lediglich lose Zusammenschlüsse von pazifistisch gesinnten Persönlichkeiten waren, organisierte Küster seinen Verband wie eine Partei - ein westdeutscher Pazifist hatte regelmäßige Mitgliedsbeiträge zu zahlen, mußte das Nachrichtenblatt abonnieren und an Schulungsvorträgen teilnehmen. Während der Pazifismus der Vorkriegszeit eine Honoratiorenbewegung war, deren Mitglieder sich aus der bürgerlichen Intelligenz rekrutierten, sprach der westdeutsche Pazifismus - wir hörten es bereits - das einfache Volk an - "10 Mann in jedem Dorf" hieß die neue Organisationsparole, Massenmobilisierung zur Sicherung des Friedens.

Der Pazifismus vor 1914 appellierte mit wohlformulierten Petitionen an die Vernunft, an das Gewissen, an das Verantwortungsgefühl der Regierungen. Ganz anders die Westdeutschen. Originalton das "Andere Deutschland" 1926:

"Wir heucheln keinen Respekt vor den deutschen Gewalten, bloß weil sie sich anders bewimpeln und in Ermangelung eines Monarchen sich republikanisch gebärden. Morgen wieder, wie 1914, werden sie uns auf das Feld von Ehre, Profit, Blut, Syphilis werfen. Wir warten nicht ab, - wir greifen an.

Monokelgesichter und ordensbehangene Kleiderständer klirren durch die Straßen, - wir ziehen ihnen die Peitsche des Hohnes durchs Gesicht! 'Stillgestanden!''? - Wir greifen an!"

Kampf, Angriff, Anklage - dieser Pazifismus ist aggressiv, bellizistisch, er argumentiert mit militärischen Begriffen, sucht die Offensive und vertraut nur auf seine eigene Kraft. Um der deutschen Kriegerkaste das Spiel zu verderben, forderte Foerster "eine 'Kriegerkaste' von Friedensmännern mit harten Knochen und mit hartem Willen, eine ganz kleine Minorität von unbeugsamen Menschen", die dem Volk die kompromißlose Wahrheit über die Ziele des deutschen Re-

visionismus verkündete. Eine Radikalität des Denkens offenbart sich hier, die nicht vor unbequemen Konsequenzen zurückschreckt. Die Verlautbarungen der Regierung werden auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft. Halten sie der rationalen Begründbarkeit nicht stand, entlarven sie sich als Mittel der Irreführung, werden sie schonungslos in der Öffentlichkeit kritisiert. Küster und die Westdeutschen ließen sich nicht abspeisen. Die oberste Pflicht des Politikers lag für sie darin, nach der "großen Zeit der Lüge" nun der Wahrheit zu dienen. Deutlich wird, in welcher Traditionslinie die Westdeutschen sich bewegten. Wahrheit, Recht, Freiheit und Weltfrieden sind die Postulate und Ideen der europäischen Aufklärung. Gehofft wurde, daß sich Vernunft, Wahrheit und Recht in Deutschland doch durchsetzen würden, wenn man sagte, "was zu sagen bitter not tat": "Wir sind der Meinung, daß gerade in Zeiten der Not das Volk erhöhtes Recht hat, die volle Wahrheit zu erfahren, und daß, wenn ein Volk wirklich eine gerechte Sache verfehlt, es in keiner Weise die Wahrheit zu scheuen braucht." Küster und seine Mitstreiter, vor allem der Leitartikler des "Pazifist", der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel, waren überzeugt, daß den verhängnisvollen Parolen der Völkischen nur in der öffentlichen Konfrontation ihre Wirkung genommen werden könne. "Aufklärung an der Basis über die Politik des deutschen Nationalismus seit 1914" hieß ihre Leitlinie. In öffentlicher Disputation sollte dem Volk verdeutlicht werden, daß keineswegs die ehemaligen Ententestaaten, wie es die offizielle deutsche Propaganda darzustellen pflegte, an dem Elend des deutschen Volkes schuld seien, sondern diejenigen deutschen Machteliten, die es 1914 zum Krieg kommen ließen und die selbst nach 1918 nicht entmachteten worden waren.

Welche sonstigen Mittel gedachte der WLV (Westdeutscher Landesverband) anzuwenden, um den Frieden der Zwischenkriegszeit zu sichern? "Die Größe der Gefahr, die Brutalität der Militaristen, die Gleichgültigkeit großer Teile

der Völker", so erklärte der Sozialdemokrat Gerhart Seger 1927, zwingt die Westdeutschen "zu den radikalsten Maßnahmen". Hierzu zählte man die Kriegsdienstverweigerung und den Generalstreik. Die 1927 im Kreise Zwickau und im westdeutschen Raum durchgeführte Ponsonby-Aktion war keine platonische Stellungnahme gegen den Krieg, sondern, wie Seger verdeutlichte, "die Verpflichtung zum aktiven Kampf gegen den Krieg durch die Auflehnung gegen den Massenmord anordnenden Staat". Die Pazifisten wollten die Menschen nicht nur darüber aufklären, daß Kriege eine unsittliche Sache darstellten, und wie sie in Zukunft zu überwinden seien, sondern sie wollten den Menschen rechtzeitig demonstrieren, welche Parole bei einer aktuellen Kriegsgefahr ausgegeben würde.

Doch KDV (Kriegsdienstverweigerung) und Generalstreik stellten lediglich eine ultima ratio dar. Das unmittelbarste Ziel sahen die Westdeutschen in der Überwindung der militärstaatlichen Tradition Deutschlands, in der Aufgabe des Macht- zugunsten des Rechtsprinzips. Entsagten Deutschlands führende Eliten dem Gewaltglauben, dann, so hofften Küster und seine Freunde, sei ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Völkerverständigung getan.

Agitation, Kriegsdienstverweigerung, Generalstreik - widersprach der westdeutsche Pazifismus in der Praxis nicht doch seinem Postulat der Gewaltfreiheit, beantwortete er die sich bis zum Fememord steigernde Gewaltpolitik von rechts nicht doch mit einer spezifischen Art der Gegengewalt? Keineswegs. Zwar ist es richtig, daß sich die Westdeutschen, die ja in ihrer Mehrheit der SPD angehörten, zum Prinzip des Klassenkampfes bekannten. Doch dieser Klassenkampf war spezifischer Natur; er schloß die Gewaltanwendung aus. Er schien den Westdeutschen gerade dann am wirksamsten zu sein, wenn er auf geistige Waffen und wirtschaftliche Mittel zurückgriff. Nicht die Faust, sondern das Gehirn entschied

somit über den gesellschaftlichen Fortschritt. Gerade im Prozeß der friedlichen Umgestaltung des herrschenden Systems, einer Grundbedingung der Friedenssicherung, hatte das Prinzip des geistigen Klassenkampfes seine Gültigkeit. Die Analyse der Wirtschafts- und politischen Verhältnisse, die Aufklärung der Arbeiterschaft und aller progressiven Gruppen des Bürgertums über diese Verhältnisse mit dem Ziel der friedlichen Durchsetzung der sozialen Demokratie, das entsprach Küsters Definition des Begriffs Klassenkampf.

Diese Ausführungen, meine Damen und Herren, machen uns klar, daß das Verhältnis der Westdeutschen zu den konservativen Parteien einschließlich der DVP, die mit dem Mittel der Unschuldpropaganda die ideologische Aufrüstung des deutschen Volkes betrieben, denkbar schlecht war. Aber auch die Beziehungen zu den republikanischen Parteien, die es aus unterschiedlichen Gründen unterließen, die Sünden der alten Machthaber aufzudecken, waren keineswegs spannungsfrei. Mit der SPD verband den Westdeutschen Landesverband kritische Solidarität schon allein aus dem Grunde, weil die Basis der Pazifisten sich aus Sozialdemokraten rekrutierte. Doch immer wieder kam es zu Konflikten, die in erster Linie eine Folge der von den Sozialdemokraten eingeschlagenen Militärpolitik waren. Die SPD verstand sich als staatstragende Partei, sie hatte an der Wiege der Republik gestanden und sah diese Republik, vor allem Preußen, auch als ihren Staat an, dem zum Schutz gegen äußere Aggressoren eine Militärmacht zu geben war. Doch indem sie dieser Reichswehr, der Keimzelle antirepublikanischer Zielsetzungen, jährlich die geforderten Mittel bewilligte, förderte sie - subjektiv sicher ungewollt - objektiv ihre eigene Entmachtung. Während die SPD um die Republikanisierung der Reichswehr kämpfte, lehnte der WLW diese Armee ab. Klarsichtig stellte Heinrich Ströbel 1927 fest, daß die Reichswehr "immer mehr das Werkzeug der deutschen Reaktion, der deutschen Militär- und Adelskaste" geworden

sei. An seine eigene Partei gerichtet, erklärte er, daß es "eine unbegreifliche Selbsttäuschung" sei, wenn man sich einbilde, den "in der Reichswehr verkörperten deutschen Militarismus dadurch seines antidemokratischen und antipazifistischen Charakters" zu entkleiden, "daß man ihn streichelt und ihm nach Möglichkeit zuwillen ist".

Bis 1928 konnte das Verhältnis zur SPD einigermaßen stabil gehalten werden. Doch mit der Entscheidung des sozialdemokratisch beherrschten Kabinetts Hermann Müller, entgegen anders lautenden Wahlversprechungen den Panzerkreuzer A zu bauen, kam 1928 die Wende. Der WLW distanzierte sich von den "Panzerkreuzer-Sozialisten", weil er analog der Situation von vor 1914 in dem Beschluß den Beginn einer neuen Ära des Wettrüstens sah.

1928 befand sich der Westdeutsche Landesverband der DFG auf dem Höhepunkt seines Einflusses auf die deutsche Friedensbewegung. Küster war seit 1927 gleichberechtigter Vorsitzender der DFG neben Quidde und Falkenberg; das 1925 in "Das Andere Deutschland" umbenannte Nachrichtenblatt stand 1928 mit einer Wochenaufgabe von 40 000 Exemplaren an der Spitze der vergleichsweise schwachen pazifistischen Presse. Der WLW war der mitgliederstärkste Verband der DFG; der sich anschickte, seinen Führungsanspruch, sein Organisationsmodell und seine Agitationsform in der DFG durchzusetzen. 1929 war es dann soweit.

In der historischen Forschung wird häufig in Anknüpfung an Aussagen Kurt Hillers Küster persönliche Eitelkeit, hemmungsloses Machtstreben und skrupellose Demagogie unterstellt, worin dann folgerichtig der Grund für die Spaltung der DFG nach 1929 gesehen wird. Nun ist es zweifellos richtig, daß Küster ein streitbarer, ehrgeiziger Charakter war, der keinem Problem aus dem Weg ging und sicherlich mit seinem Engagement auch so manches Mal übers Ziel hinausschoß. Er besaß eine genaue Vorstellung von dem, was

er wollte, was er für richtig hielt im Namen des Friedens. Tatkräftig und sicherlich auch kompromißlos verfolgte er die anvisierten Ziele. Da gab es keinen Raum für Kompromisse, für vorsichtiges Taktieren. Wenn überhaupt, dann ist hier Kritik an Küster zu üben. Doch diese nicht zu verleugnende Resolutheit erklärt sich m.E. nur im Zusammenhang mit der Gefahr für den Weltfrieden, die Küster und die Westdeutschen erkannt hatten. Dem von ihnen ausgemachten Militarismus, der mit großem Geschick an der ideologischen Demontage der Republik arbeitete, mußte ein ebenso entschlossener Kontrahent gegenüberstehen. Nicht die Lauheit, Verzagtheit, Tatenlosigkeit der republikanischen Parteien war gefragt, nicht die Kompromißfreudigkeit eines Ludwig Quidde oder Hans Wehberg, sondern der kämpferische Aktivismus der Westdeutschen. Die Geschichte - und das scheint mir das Entscheidende zu sein - hat Küster und den Westdeutschen recht gegeben.

Diese Einstellung verleitete indessen keineswegs zu ungerechtfertigter Selbstüberschätzung. "Wer siegen wird", urteilte das "Andere Deutschland" 1927, "Ihr oder wir, weiß niemand. Wir sind erst im Anmarsch. Schimpft nur, ruft nach dem Staatsanwalt. Wir sehen uns an und lachen. Und marschieren weiter. Vielleicht seid Ihr die Stärkeren. Man wird ja sehn. Aber sicher ist, daß Euch zum nächsten 1914 manche Überraschung bevorsteht. Ihr könnt Euch darauf verlassen."

Die Entscheidung darüber, wer der Stärkere war - Pazifismus oder Nationalismus -, sollte sehr schnell und sehr eindeutig fallen. Die von den Westdeutschen angekündigte Überraschung mußte dabei entfallen, und zwar aus Gründen, die kaum jemand voraussagen konnte. Denn wer rechnete schon damit, daß der an die Macht gelangte Nationalsozialismus mit einer derartigen Rigorosität gegen Nonkonformisten vorgehen würde, daß an eine Opposition, wie sie

die Westdeutschen ins Auge gefaßt hatten, nicht zu denken war. Wie keine andere Bewegung gewann der Westdeutsche Pazifismus schon sehr früh ein klares Bild über die Triebkräfte der faschistischen Bewegung. Sie resultierten nicht aus wirtschaftlichen Zwängen, sondern waren eindeutig politischer Natur. Die stärksten Wurzeln des Nationalsozialismus erkannte Küster im kriegerischen Machtgeist, im Geist Treitschkes und der Alldutschen, der weite Volksmassen erobert habe und auch noch nach 1918 beherrsche.

Wie der Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen war, das hatte der westdeutsche Pazifismus schon 1924 demonstriert, als sich die völkische Bewegung nach der Ruhr-Okkupation schlagartig ausbreitete. Die von den Westdeutschen entworfene Taktik bestand darin, unter der Parole "Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Untergang" Versammlungen abzuhalten, zu denen die "Revanchepolitiker aller Spielarten" eingeladen wurden, um Rede und Antwort zu stehen. Die geschulten Redner des WLW besaßen nun die Möglichkeit, die Demagogie der Völkischen vor dem Publikum zu entlarven. Hier zeigt sich die Stärke der Westdeutschen, die gar nicht dem Bild entsprechen, das man sich gemeinhin von Pazifisten macht. Nur auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente bauend, traten sie dem politischen Gegner offensiv entgegen in der Hoffnung, die anwesenden Menschen schließlich für sich zu gewinnen. Und die Pazifisten des WLW hatten Erfolg - im Gefolge ihrer Aufklärungsmaßnahmen konnten unzählige neue Ortsgruppen gegründet werden. Im Juni 1924 notierte die Deutsche Liga für Menschenrechte: "Durch die in die Hunderte gehenden Vorträge von Küster und anderen wird nachweisbar die deutsch-völkische Bewegung zurückgedrängt." Das Jahr 1924 symbolisiert damit den Beginn des antifaschistischen Kampfes in Deutschland.

1929 nahm die DFG, nun unter westdeutscher Führung, die Bekämpfung der nazistischen Bewegung wieder auf, die zwischen 1925 und 1928, als der Nationalsozialismus zur Bedeutungslosigkeit verurteilt war, anderen tagespolitischen Problemen gewichen war. Während die SPD mit dem Beginn der Tolerierung in die Defensive gedrängt wurde, ging die DFG mit aller Macht gegen die Gefahr von rechts vor. Auf Versammlungstourneen, die die pazifistischen Redner in alle Bereiche Deutschlands führten, prangerte sie Brüning's steuerpolitische und soziale Unvernunft mit ihren katastrophalen Folgen für Deutschland an, kritisierte die deutsche Aufrüstung und geißelte die zunehmend offensive Außenpolitik. Die Erfolge dieser Arbeit in Gebieten, die bisher nur von nationalistischen Agitatoren bereist worden waren, ließen nicht auf sich warten.

Die DFG unter Küsters Führung entfernte sich mit der von ihr eingeschlagenen offensiven Taktik immer mehr von der Linie, die die SPD trotz sichtlichem Unbehagen einhielt. Um Mißverständnissen vorzubeugen - Sozialdemokraten und Pazifisten waren sich in dem Ziel ihrer Politik einig: der Sicherung der Republik. Doch, so ist zu fragen, wie sollte diese Aufgabe gelingen, wenn man im Rahmen der Tolerierungspolitik republikanische Errungenschaften Stück für Stück preisgab? Je größer der Gegensatz zwischen SPD und DFG wurde, desto stärker mußte die SPD die Friedensgesellschaft als Konkurrenz empfinden. Zwar war das Verhältnis zwischen beiden Organisationen - wie wir sahen - schon immer gespannt gewesen. Doch nun lagerten sich als Folge der divergierenden Taktiken Konfliktstoffe an, die unter den Bedingungen der sich zuspitzenden Krise zum offenen Schlagabtausch führen sollten und im Unvereinbarkeitsbeschluß vom September 1931 mündeten.

Der verbreiteten Ansicht, die DFG habe sich nach 1929 so radikalisiert, daß sie in die gesellschaftliche Isolation geriet,

muß widersprochen werden. Es waren die großen republikanischen Parteien, die nach rechts abwanderten, weil sie nur durch Anpassung an das politische Klima ihre Stellung zu behaupten glaubten. Die DFG dagegen beharrte auf ihrer entschieden republikanischen Haltung und erschien nun im Gesamtspektrum der Parteien als radikalisiert. Zweifel erscheinen auch gegenüber der Ansicht geboten, daß der Sieg des WLW innerhalb der DFG Mitgliederverluste zur Folge gehabt habe. Wohl ist es richtig, daß die DFG unter Küsters Führung zahlreiche Mitglieder aus dem gemäßigten Pazifismus verlor, die sich den neu gegründeten Friedensvereinen anschlossen. Diese Verluste dürften jedoch - wie den Mitteilungen des Verbandsorgans zu entnehmen ist - mehr als wettgemacht worden sein durch den Gewinn neuer Mitglieder. Allerdings ist es äußerst schwer, hier verlässliches Zahlenmaterial vorzulegen. Einen fühlbaren Einbruch erlitt die DFG zweifellos nach der Verhängung des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD, durch den die Pazifisten die Unterstützung derjenigen Partei verloren, aus der sie die Mehrheit ihrer Mitglieder bezogen. Erneut wird das Dilemma sichtbar, vor dem der entschiedene Pazifismus in der Endphase der Republik stand - paßte er sich der Tolerierungspolitik an, so wurde der Widerstand gegen die Unterwanderung der Republik aufgegeben; setzte er seine bedingungslose Agitation fort, so entfremdete er sich von den republikanischen Parteien.

*

Obwohl Küster und die DFG ihren Kampf auch nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß unverdrossen fortsetzten, war die Entscheidung bereits gefallen. In der Erkenntnis dieses Umstandes setzte sich Heinrich Ströbel schon 1932 ins Ausland ab. Am 8. Januar 1932 wurde das "Andere Deutschland" erstmalig verboten - von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten; weitere Verbote folgten. Nach dem Reichs-

tagsbrand erfolgte die Zerschlagung der DFG. Küster wurde verhaftet und mußte über 5 Jahre in Gefängnissen und KZ's um sein Leben bangen.

War der Kampf Küsters und der Westdeutschen, für ein gewaltfreies, demokratisches Deutschland, so wäre abschließend zu fragen, umsonst, ohne Gewinn, ohne Erfolg? Angesichts der Gewalttaten, die der Nationalsozialismus nach 1933 in Deutschland und anderen Ländern verübte, scheint man auf den ersten Blick geneigt zu sein, diese Frage zu bejahen. Doch eine solche Antwort bliebe oberflächlich und träfe nicht den Kern des Problems. Geschichte und Geschichtsschreibung hängen stets mit dem Standort des Betrachters zusammen. Aus der Geschichte ziehe ich Konsequenzen und Lehren für die Gegenwart. Da heutzutage der Versuch unternommen wird, die deutsche Geschichte im konservativen Sinne zu funktionalisieren, halte ich die Erinnerung an republikanische Traditionen nicht nur für notwendig, sondern auch für lebenswichtig. Eine Staatsform kann sich nur dann als Republik legitimieren, wenn sie ihren Psychohaushalt aus dem Andenken an republikanische Tugenden speist. In diesem Sinne ist es mehr als verdienstvoll, hier in Oldenburg an einen der entschiedensten Republikaner und Pazifisten zu erinnern, den Deutschland hatte.

"In seiner Vollständigkeit", so urteilte Hein Herbers 1966, "kann ich den Pazifisten und Kämpfer Fritz Küster nur mit Friedrich Wilhelm Foerster und Kurt Tucholsky vergleichen. Wie Foerster in einer höchsten Form das Gewissen und die Würde des deutschen Volkes verkörperte, wie Tucholsky mit seinen nimmer fehlenden Waffen gegen den geschwellenen, dummen Hochmut der deutschen Herrenschaft und die sklavische Unterwürfigkeit der deutschen Untertanen der wahre Gegenspieler des deutschen Ungeistes war, so war Fritz Küster der Vertreter jener anonymen Masse der anständigen 'kleinen Leute', die mit nüchternem, gesunden

Menschenverstand, mit hartnäckiger Überzeugung meinen, daß Recht Recht 'bliewen mot' - erfüllt von der tiefen, tiefen Sehnsucht nicht immer nur in einem Kriege oder auf der bitteren Scheide einer Nachkriegs- und einer Vorkriegszeit zu vegetieren, sondern ganz einfach nur zu leben und den Pflug durch das Land ziehen zu können."

STEFAN APPELIUS

Den Ungeist des Militarismus ausmerzen.

Fritz Küster 1945 - 1966

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Ingeborg Küster,

Fritz Küster resümierte im März 1965, es sei ein Fehler gewesen, das "Andere Deutschland" (AD) nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion Ende 1962 fortführen lassen zu haben, da mit seiner Politik in Deutschland nichts mehr zu machen sei. Es ist ein ganz unbestreitbares Verdienst seiner Frau Ingeborg Küster, die Zeitung trotz großer Schwierigkeiten und Anerkennung aus dem Leserkreise bis 1969 fortgeführt zu haben. Und doch kann ich mich, was Küsters Feststellung betrifft, man hätte den veränderten Zeiten Rechnung tragen müssen, mit Blick auf die Nachkriegsentwicklung der pazifistischen Wochenzeitung nur anschließen: Das "Andere Deutschland" hatte sich in mancher Hinsicht überlebt; Fritz Küsters Ausscheiden aus der Redaktion, 73jährig, vier Jahre nach einem schweren Schlaganfall, konnte durch die kleine Redaktion trotz großer Bemühungen nicht aufgefangen werden.

Völlig desillusioniert vom ausbleibenden politischen Fortschritt in Deutschland, voll scharfer Kritik an der sich zur Volkspartei etablierenden SPD und tief enttäuscht von der herabgewirtschafteten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) beschrieb Küster die politische Situation der Bundesrepublik der 60er Jahre bis zuletzt mit unverändert treffendem Scharfblick. Arbeiter und Bauern seien nach seinem Dafürhalten die Kreise, die immer reaktionär anzusprechen

und dabei Untertanen geblieben seien, schrieb Küster seinem Freund und Weggefährten Dr. Theodor Asholt 1963 und bilanzierte wenig später mit Blick auf die Politik in beiden deutschen Staaten, er empfinde diese in Ost und West als gleichermaßen ekelhaft, doch dieses Volk wolle ja belogen sein.

Doch lassen Sie mich, nach dieser vorweggenommenen Bilanz, ins Jahr 1945, zum Wiederaufbau der DFG durch Küster zurückkehren und den Entwicklungsbogen des kämpferischen Pazifisten in seinen letzten 21 Lebensjahren nachzuzeichnen versuchen.

Schon während der Schlußphase der nationalsozialistischen Diktatur riß der briefliche Kontakt Küsters mit maßgeblichen Weggefährten der Deutschen Friedensgesellschaft der Jahre vor 1933 nicht ab. Dies gilt insbesondere für den Freiherrn von Schoenaich und den ehemaligen Geschäftsführer des Rhein-Mainischen Landesverbandes der DFG, Josef Kudrnofsky. Letzterer hatte 1935 die gewaltsame Befreiung Küsters aus dem Konzentrationslager Lichtenburg bei Torgau und dessen anschließende Entführung ins Ausland erwogen und kann für die Phase der Neukonstituierung der DFG ab 1945 neben Küster, Schoenaich und August Bangel als ein Hauptakteur bezeichnet werden.

Der organisatorische Neuaufbau der DFG wurde durch Küster bereits im Sommer 1945 zügig eingeleitet. Küsters Wohnung in der Hannoveraner Ferdinand-Wallbrecht-Straße 73 wurde - anfangs inoffiziell - zur ersten Bundesgeschäftsstelle der DFG. Parteipolitisch beabsichtigte Küster offenbar zunächst erneut der früheren Deutsch-Hannoverschen Partei beizutreten, der er wie erinnerlich, bereits bis 1918 angehört hatte. Während der letzten Jahre der Nazi-Herrschaft hatte Küster regelmäßig an Treffen entschiedener Antifaschisten im Hause des ehemaligen Deutsch-Hannoverschen Landtagsabgeordneten Langwost teilgenommen. An diesen

Treffen nahm auch der spätere niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege teil. Nachweisbar ist, daß Küster bereits Anfang September 1945 den Gründern der Niedersächsischen Landespartei, aus der später die Deutsche Partei hervorging, einen Entwurf für ihr Parteiprogramm zuleitete. Am selben Tag, dem 10. September 1945, beantragte Küster bei den alliierten Militärbehörden in Hannover die Zulassung der Deutschen Friedensgesellschaft. Im von Küster formulierten "Vorläufigen Programm" der Deutschen Friedensgesellschaft von 1945 wird die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung gefordert und die Gründung der Vereinten Nationen begrüßt. Schon Ende November 1945 wurde die DFG in der britischen Besatzungszone zugelassen. Zu diesem Zeitpunkt war sie die einzige politische Organisation, die, da überparteilich, als unpolitisch angesehen wurde und daher in der gesamten britischen Zone ohne Genehmigung öffentliche Veranstaltungen durchführen durfte.

Am 30. März 1946 fand in Hannover der erste Nachkriegsbundestag der DFG statt. In seinem Verlauf wurde Fritz Küster als Bundesvorsitzender und Paul Freiherr von Schoenaich als Präsident der DFG in ihren Ämtern eindrucksvoll bestätigt. Das am selben Tag verabschiedete Hannoveraner Programm der DFG betont in der von Küster bekannten Deutlichkeit die Mitschuld der preußisch-deutschen Hintermänner des Nationalsozialismus und fordert deshalb die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus. Am nächsten Tag, dem 31. März 1946, wurde Küster auch in das Amt des Vorsitzenden des neugegründeten Nordwestdeutschen Landesverbandes der DFG gewählt. Nie zuvor hatte er innerhalb der Organisation eine derart unangefochtene Position. Die DFG verzeichnete in dieser unmittelbaren Nachkriegsphase einen ungeheuren Mitgliederzulauf. Obwohl genaue Zahlen noch unbekannt sind, kann davon ausgegangen werden, daß die Mitgliederzahl der DFG in dieser Phase bei weit über 20 000, Schätzungen gehen bis 36 000, Mitgliedern

lag. Der strikt überparteilichen Konzeption Küsters folgend waren im Bundesvorstand der DFG gleichberechtigt Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten vertreten. Bundestagungen der DFG erhielten in diesen ersten Jahren Grußtelegramme von der CSU bis hin zur KPD und erfreuten sich des größten öffentlichen Interesses in der gesamten Organisationsgeschichte.

Im Dezember 1945 trat Küster, nach einem Gespräch mit Dr. Kurt Schumacher und von diesem geworben, erneut in die SPD ein. Küster beabsichtigte zu diesem Zeitpunkt, das "Andere Deutschland" baldmöglichst wiedererscheinen zu lassen. Daß es dazu nach einer ganzen Reihe von positiven Vorgesprächen erst im August 1947 kam, kann als ein besonders tragischer Umstand bezeichnet werden: Am 18. Februar 1946 hatte der Lehrer Paul Dohrmann aus Hannover eine Küster betreffende Eingabe an die Militärregierung gerichtet. Dohrmann war 1944 als Arbeiter auf eine Eisenbahnbaustelle in Eschershausen dienstverpflichtet worden, der Küster als Bauleiter vorstand. Küster duldete es in der für ihn typischen ruppigen Art nicht, daß dienstverpflichtete Deutsche auf dieser Baustelle dienstverpflichteten polnischen Arbeitern bevorzugt wurden. Für Dohrmann war das im Februar 1946 Anlaß, Küster bei den Militärbehörden als einen "übelen Nationalsozialisten" anzuzeigen. Es ist fast nicht notwendig an dieser Stelle zu betonen, daß Küster alles andere als ein Nationalsozialist war. Dohrmanns Anzeige verlief völlig wirkungslos im Sande. Trotz intensiver Bemühungen gelang es leider noch nicht, einen damals beteiligten Zeitzeugen zu befragen. Paul Dohrmann, gegen den Küster seinerseits eine Anzeige wegen übler Nachrede anstregte, verstarb bereits vor 30 Jahren. Einzig Kurt Hiller, jener alte Feind Küsters aus Weimarer Tagen, verbreitete nun auch diese Diffamierung des - ich zitiere - "mussolinisierenden Eisenbahnobersekretärs" ohne Rücksicht auf den auch hier nicht vorhandenen Wahrheitsbeweis. Der damalige

Chefredakteur des "Neuen Vorwärts", Dr. Gerhard Gleissberg, erhielt gleich in mehreren Briefen derartige Warnungen, bis hin zu Hillers Empfehlung, die SPD möge Küster schnellstens ausschließen - und das bereits 1948. So hatten die Anschuldigungen Dohrmanns immerhin zwei Ergebnisse: Das Wiedererscheinen des AD verzögerte sich um mehr als ein Jahr, und Kurt Hiller fand Nahrung für eine weitere, bodenlose Polemik. Der verzögerte Neubeginn des "Anderen Deutschlands", jetzt mit Redaktionssitz in Hannover, begann mit der vorher nie erreichten Auflage von 150 000 Exemplaren, einer großen hauptamtlichen Redaktion und einem völlig neuen Konzept. Unmittelbar zuvor, auf der Frankfurter Bundestagung der DFG im Juli 1947, war Küster vom Vorsitz der DFG überraschend zurückgetreten. Der Grund dafür war zum einen im immer stärker werdenden weltbürgerlichen, von Dr. Spielhoff "utopisch" genannten Pazifismus zu suchen, der sich wenig später in der Weltbürgerbewegung von Garry Davis Platz griff. Zum anderen stieß Küsters neue Konzeption, von der im folgenden noch die Rede sein wird, innerhalb der DFG auf scharfe Ablehnung. Nach außen gab Küster das Wiedererscheinen des AD als Grund für seinen Rücktritt vom DFG-Vorsitz an, doch tatsächlich bestand schon in diesem Zeitpunkt ein ernstzunehmender Bruch zwischen Küster und der DFG. Die im Sommer 1947 beschlossene Trennung von AD und DFG wirkte sich für beide Seiten, Küster wie DFG, letztlich vernichtend aus.

Die Redaktion des "Anderen Deutschlands" hatte sich grundlegend gewandelt, denn Hein Herbers, Heinrich Ströbel und Heinz Kraschutzki standen in der Phase des Neubeginns aus unterschiedlichen Gründen nicht, bzw. nur sehr eingeschränkt zur Verfügung: Herbers lebte in den Niederlanden, Ströbel war in der Schweiz gestorben und Kraschutzki bereitete eine Lehrtätigkeit in Ost-Berlin vor. Statt dessen stand Küster unter seinem neuen Chefredakteur Dr. Hans

Peter aus dem Winckel nun ein ganzer Tross an hauptamtlichen Redakteuren zur Verfügung. Zu den freien Mitarbeitern des AD zählten nach dem Neubeginn u.a. der spätere DPA-Chef Fritz Sängler, der spätere Moderator des "Schwarzen Kanals" Karl Eduard von Schnitzler - damals Redakteur beim Nordwestdeutschen Rundfunk - der ehemalige Chefredakteur des "Dortmunder Generalanzeigers" Dr. Jakob Stöcker und der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Wenzel.

Küster hatte seine Nachkriegskonzeption bereits auf dem Zonentag der DFG am 8. November 1946 in Bielefeld vorgestellt. Das Ziel seiner Vorstellungen war, eine straff organisierte, aktionsfähige Friedensbewegung unter Einschluß aller Schichten der Bevölkerung und über alle Parteigrenzen hinweg aufzubauen. Wörtlich heißt es bei Küster:

"Wie im Kriege Sozialisten und Bürger, Katholiken und Freidenker, Arme und Reiche 'Schulter an Schulter' für eine schlechte Sache sterben mußten, so wollen wir in Frieden ebenso gemeinsam freiwillig für die Ideale der Menschheit kämpfen."

Das grundlegend Neue an Küsters Konzeption bestand nun darin, daß er es hierzu für notwendig hielt, einen "Stein aus der Mauer des Nationalismus" zu brechen, also in das von "Stahlhelm" und Militarismus unverdorrene Bürgertum vorzustoßen. Für das neue AD bedeutete dies faktisch eine erheblich moderatere Berichterstattung als etwa in der Weimarer Republik. Für Küster war es durchaus folgerichtig, diese Kursänderung vorzunehmen, denn während er in der Weimarer Republik gegen von ihm kritisierte Verhältnisse arbeitete, war doch nun das angestrebte neue Deutschland erreicht, für das er sich glaubte einsetzen zu müssen. Küster erklärte einige Jahre später in einem Rückblick:

"Durfte man nach 1945 nicht mit Fug und Recht annehmen, daß die von den Besatzungsmächten neu herausgestellten

alten Führer der Weimarer Parteien aus (ihren Erfahrungen) gelernt hatten und willens seien, daraus ihre Schlüsse zu ziehen? Mußte man nicht für den Neuaufbau der Demokratie den neuentstandenen Parteien eine Chance geben?"

In der früheren Leser- und auch Mitarbeiterschaft des AD fand Küster dafür kaum Verständnis, hier herrschte durchweg Kritik an der Profillosigkeit des neuen AD, das in den Augen vieler früherer Leser - aber auch ganz objektiv! - schlicht an "Biß" verloren hatte.

Küsters erklärtes Ziel, den Ungeist des Militarismus auszumerzen, sollte auf parteiunabhängiger, breiter Massengrundlage erreicht werden. Neben dem AD diente Küster zur Umsetzung dieser Zielprojektion die am 18. Januar 1948 durch ihn in Hannover begründete "Historische Forschungsgemeinschaft 'Das Andere Deutschland'". Der Forschungsgemeinschaft gehörten Vertreter aller Parteien an, darunter zahlreiche ehemalige Offiziere. Zu erwähnen sind der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete und Wehrbeauftragte Vizeadmiral a.D. Hellmuth Heye, der spätere NATO-Oberkommandierende General Johann Adolf Graf von Kielmansegg, der frühere Oberstrichter Dr. Freiherr Ernst von Dörnberg, der spätere Bremer Polizeipräsident Oberst a.D. Erich von Bock und Pollach sowie Oberst a.D. Wolfgang Müller. Zu den der Forschungsgemeinschaft angehörenden Politikern zählten u.a. die späteren Ministerpräsidenten Heinrich Wilhelm Kopf und Heinrich Hellwege sowie der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Pfarrer Dr. Fritz Wenzel.

Was wollte die Forschungsgemeinschaft? Graf Kielmansegg, damals hauptamtlich in Küsters Diensten, erklärte es 1948: Menschen aller sozialen Stufen und aller politischen Überzeugungen, vom Konservativen bis zum Kommunisten, sollten sich - über alles Trennende hinweg - für ein Ziel engagieren: Für den Frieden und gegen eine neue Kriegsschuld-lüge.

Die Forschungsgemeinschaft, der eine Reihe Angehöriger und Überlebender des Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944 angehörten, blieb eine papierene Idee; es kam nicht zu einer einzigen Versammlung ihrer Mitglieder. Lediglich die hauptamtlichen Mitarbeiter Joachim Hoepner, Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Erich von Bock und Pollach und Wolfgang Müller bereisten mit Vorträgen zur Geschichte über den Zusammenbruch Nazi-Deutschlands die Westzonen. Zählt man einige Broschüren hinzu, die in dieser Zeit von Mitarbeitern der Forschungsgemeinschaft z.B. über Wehrmachtsjustiz oder über den 20. Juli 1944 veröffentlicht wurden, erschöpfen sich die erreichten Ergebnisse von Küsters ehrgeizigem Projekt bereits.

Unter seinen engsten politischen Freunden stieß Küsters Forschungsgemeinschaft auf nicht weniger harsche Kritik als das neue, moderate, aufbaubereite AD. General von Schoenaich hatte gar nicht unrecht, wenn er Küster schrieb, er habe das Gefühl, Küster wolle die alten Gegner für sich gewinnen, wenn er heikle Dinge nicht berühre. Wörtlich heißt es bei Schoenaich:

"Wir waren früher die einzigen, die es wagten, gegen den Unfug zu Felde zu ziehen, und gerade darin lag unsere Stärke. Wir sollten darin kein Tittelchen ändern."

Doch es war bereits zu spät. Die Währungsreform im Sommer 1948 tat ihr übriges. Die stolze Auflage der Zeitung sank rapide, Küster geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Eine anspruchsvolle unabhängige Wochenzeitung ohne Regionalbezug, die erklärtermaßen keinem politischen Lager zuzuordnen war und der in dieser Phase eine gewisse Profillosigkeit tatsächlich nicht ganz abzusprechen ist, hatte in den Zeiten des knappen Geldes keine Überlebensaussichten.

Binnen weniger Monate stand Küster am Rande des Bankrotts. Eine Schließung noch im Jahre 1948 konnte nur durch die Übernahme des AD in den Verlag der sozialdemokrati-

schen "Hannoverschen Presse", zum 1. November 1948, vermieden werden. Küster war damit wegen hoher Druckschulden ökonomisch in völlige Abhängigkeit von der SPD geraten, die Zeitung an ihrem bisherigen Tiefpunkt angelangt.

Hier setzt Anfang 1949 der Konflikt Küsters mit der SPD ein, auf den ich wegen seiner großen Komplexität nur streiflichtartig eingehen kann.

Der Sturz des AD konnte auch durch die Übernahme in den Verlag der "Hannoverschen Presse" nicht gebremst werden. Ende Februar 1949 mußte Küster das Blatt - nachdem die SPD plötzlich die sofortige Begleichung der gesamten aufgelaufenen Druckschulden forderte - endgültig schließen und seine letzten Mitarbeiter, darunter Graf Kielmansegg, entlassen. Daß es den Grafen schon 1950 ins Amt Blank verschlug, gibt Küsters Kritikern nachträglich ebenso recht, wie wohl zu der Konzeption Küsters das Urteil "wirklichkeitsfremd" angebracht ist. Ganz offensichtlich nutzten eine Reihe ehemaliger Militärs in den ersten Nachkriegsjahren das unantastbare Renommee des streitbaren Pazifisten, dessen Kämpfernatur so oft an einen alten Offizier und so gar nicht an einen Pazifisten denken ließ. Als sie des demokratischen Deckmäntelchens nicht mehr bedurften - und dies forciert durch die ökonomische Krise im Küster-Verlag - kam häufig die alte Gesinnung wieder zum Vorschein. Sie hatten Küsters Idealismus mißbraucht und wurden dabei lediglich durch dessen Starrsinn begünstigt, der die rechtzeitigen Warnungen seiner Freunde allesamt ignorierte.

Es darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß es die Vertreter der "Hannoverschen Presse" in einem späteren Rechtsstreit mit Küster ausdrücklich - und man darf wohl annehmen, aus politischen Gründen - ablehnten, einen Vergleich einzugehen. Sie wollten erklärtermaßen das "Andere Deutschland" ein für alle Mal ausschalten. Der Konflikt mit der SPD, der im Sommer 1951 zum Ausschluß Küsters aus

dieser Partei führte, setzt an diesem Komplex unmittelbar an. Küster empfahl der kleinen Leserschaft des AD, zuletzt waren es nur 7600 Abonnenten, in der letzten Ausgabe seiner Zeitung nämlich, künftig die Zeitschrift "Die Deutsche Wirklichkeit - Wochenschrift für undoktrinäre Politik" zu lesen. Man sei sich im AD sicher, daß die Leser in der "Deutschen Wirklichkeit" einen Ersatz für das AD finden würden.

Es entsprach durchaus Küsters Konzeption einer parteiunabhängigen Friedensbewegung, wenn er in jener Phase eine zweifache Übereinstimmung beider Blätter aufzeigt: Zum einen seien beide überparteilich, zum anderen wendeten sich beide an politisch interessierte Kreise, die nicht bereit seien, sich ideologisch festzulegen. Die SPD reagierte auf diese Vorgänge in zweierlei Hinsicht, - in letzter Konsequenz nicht ganz voneinander zu trennen. Einmal war Küster nach geltender Rechtslage vermutlich nicht berechtigt, einen derart weitgehenden Schritt, der naturgemäß den Interessen der sozialdemokratischen "Hannoverschen Presse" entgegenliefe, vorzunehmen. Zum anderen aber verstand sich die "Deutsche Wirklichkeit" als das Sprachrohr der kurz zuvor gegründeten "Deutschen Union", einer kleinen rechtsstehenden politischen Sammlungsbewegung, zu deren Begründern August Haussleiter zählt. Aus der "Deutschen Union" entstand Ende 1949 die rechtsextreme "Deutsche Gemeinschaft", eine Kleinpartei.

Fritz Heine, damals Pressesprecher des SPD-Parteivorstands, machte Küster wenige Wochen später deutlich darauf aufmerksam, was die SPD von Küsters Aktion hielt: Dessen Zusammenarbeit mit einer antidemokratisch und nationalistisch ausgerichteten Organisation sollte der zuständigen Parteiorganisation Grund genug geben, sich mit dem Vorfall zu beschäftigen. Auch heute noch ist es Fritz Heine "völlig schleierhaft", warum sich Küster mit Haussleiter eingelassen habe, hätte er doch - so Heine - dessen politische Tendenz erkennen müssen.

Tatsächlich aber mutet Küsters Empfehlung für die "Deutsche Wirklichkeit" durchaus nicht abenteuerlich an. Küster ordnete sich damals politisch dem "Nauheimer Kreis" von Prof. Dr. Ulrich Noack aus Würzburg "100%ig" zu und forderte damit die Neutralisierung Deutschlands auf der Grundlage eines immerwährenden Neutralitätsvertrages, der ein entwaffnetes und von allen Besatzungsmächten geräumtes Deutschland vorsehen sollte. Der leitenden Gruppe des Nauheimer Kreises gehörten u.a. August Haussleiter und der Sozialdemokrat Prof. Dr. Reinhard Strecker an, während Noack zunächst der CSU und danach der FDP angehörte. Eine Querverbindung zwischen Küster und Haussleiter auf der Grundlage eines bürgerlichen Neutralisierungskonzepts braucht deshalb auch für sich genommen nicht zu überraschen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob Küster das Bürgertum, in das er vorzustößen suchte, nicht stark in seiner Formbarkeit überschätzte und Veränderungsbereitschaft mit politischem Nachkriegsopportunismus verwechselte.

Fritz Küster wurde am 17. Februar 1951 vom Ortsverein Hannover aus der SPD ausgeschlossen. Der seinerzeit direkt am Vorgang beteiligte SPD-Ratsherr und spätere Landtagsabgeordnete Hans Striefler aus Hannover erinnert sich kaum noch an die damaligen Vorgänge; vielleicht auch deshalb, weil es in den 50er Jahren eine große Anzahl an Parteiausschlußverfahren aus der SPD gab. Der Grund des Parteiausschlusses war laut DPA Küsters angebliche Mitgliedschaft im "Nauheimer Kreis". Der ehemalige hessische Kultusminister Reinhard Strecker wurde aus dem gleichen Grund, der Mitgliedschaft im "Nauheimer Kreis", im Januar 1951, wenige Monate vor seinem Tod, 75jährig aus der SPD ausgeschlossen. Es bliebe an dieser Stelle zu ergänzen, daß Küster dem "Nauheimer Kreis" zu keiner Zeit als Mitglied angehörte. Sein Name war lediglich in einer Interessentenliste des "Nauheimer Kreises" verzeichnet. Zu dem damals in der "Neuen Zeitung" geäußerten Verdacht, Küster habe "engen

Kontakt mit der KPD" und sei aus diesem Grunde aus der SPD ausgeschlossen worden, erklärte Küster wörtlich:

"Außer dem Parteivorstand der SPD wird niemand etwas darüber bekannt sein. Mir auch nicht. Selbstverständlich gehöre ich keiner 'anderen Partei als Mitglied an' oder habe Beiträge dafür gezahlt oder gegen die SPD gewirkt."

Küsters Berufung gegen den Parteiausschluß wurde vom Bonner SPD-Parteivorstand mit Schreiben vom 25. Juli 1951, unterzeichnet vom späteren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke, verworfen. Grund dafür war, daß Küster mit seiner Ablehnung des deutschen Verteidigungsbeitrages eine gleichlautende Position mit dem DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl vertrat, das heißt - 1951 -, eine deutsche Remilitarisierung kategorisch ablehnte.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kleine Zwischenbilanz. Die SPD schloß Küster wegen dessen Unterstützung einer "Grotewohl-Position" zur Remilitarisierung 1951 aus. Küster habe damit "gegen die SPD" gewirkt. Der gewerkschaftliche Informationsdienst "Feinde der Demokratie" bezeichnete Küster in diesen Jahren wiederholt als einen getarnten Kommunisten. Am 30. September 1951 trat Küster auf einer Massenkundgebung in Düsseldorf "Für freie Wahlen in ganz Deutschland" u.a. gemeinsam mit dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann auf. War Küster ein Kommunist? Lassen wir darauf General a.D. Graf Kielmansegg antworten, der mir erst vor wenigen Wochen folgende Einschätzung gab:

"(Küster) war ein Kämpfer für den Frieden, aber keineswegs ein Pazifist für den Frieden um jeden Preis. Er sah die kommunistische Bedrohung mindestens so scharf wie Kurt Schumacher und war in keiner Weise für einen Frieden um den kommunistischen Preis."

Auch diese Einschätzung trifft letztlich, was den angeblich scharfen Antikommunismus Küsters betrifft, nicht zu. Küster

war, um es im vereinfachten Raster auszudrücken, weder Kommunist noch Antikommunist. Er war auch kein verlängerter Arm kommunistischer Interessen, wie es SPD und Gewerkschaften sahen. Küster war 1945 angetreten, mit allen Menschen guten Willens gemeinsam für den Frieden zu arbeiten, dies schloß alle verständigungsbereiten Kräfte von links bis rechts ein. Die hier wiedergegebenen unterschiedlichen politischen Einschätzungen Küsters wurden aus parteipolitischer oder ideologischer Sicht gefaßt. Sie können Küster deshalb nicht gerecht werden.

Küsters Rücktritt vom Vorsitz der Friedensgesellschaft wirkte sich nicht nur für die Durchsetzung seiner friedenspolitischen Vorstellungen, denen nun die straffe organisatorische Basis fehlte, sondern auch für die Organisation denkbar negativ aus. Als Küster auf dem Göttinger Bundestag der DFG im Oktober 1948 auch als Beisitzer aus dem Bundesvorstand ausschied, zählte die Organisation nur noch 10 000 Mitglieder. Drei Jahre später, 1951, nach der kurzen weltbürgerlichen Orientierung der Organisation, die 1948/49 in enger Anlehnung an Garry Davis "Weltbürgerbewegung" erfolgte, hatte sich die Mitgliederzahl im rasanten Sturzflug auf 2900 reduziert. Küsters früherer Hagener Weggefährte August Bangel, der ab 1949 als geschäftsführender DFG-Bundesvorsitzender amtierte, beschränkte sich auf die Verwaltung der maroden und zunehmend überalterten Organisation. Küster charakterisierte ihn als "alt, satt und müde", - von früherem Kampfgeist sei keine Spur geblieben.

1949 wurde Küster noch einmal in ein Ehrenamt der DFG gewählt, in das neu gegründete Kuratorium. Auf der Hamburger Bundestagung der DFG, nur zwei Jahre später, im Sommer 1951, war es auch damit vorbei.

Bereits im Frühjahr 1951 hatte sich eine Auseinandersetzung zwischen DFG-Präsident von Schoenaich und dem Bundesvorstand der Organisation entwickelt. Während von Schoen-

aich die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unterstützte, lehnte der DFG-Bundesvorstand eine solche Unterstützung ab, - man schätzte die Volksbefragung als "prokommunistisch" ein. Küster unterstützte die Volksbefragung und Schoenaich vorbehaltlos und wurde deshalb auf der Hamburger Bundestagung im Sommer 1951, wie auch Schoenaich, aus seinem Amt entfernt. Schoenaich verlor die Präsidentschaft der DFG, Küster den Sitz im DFG-Kuratorium. Während Schoenaich, 85jährig, von den Delegierten anstandshalber zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, fiel Küster ganz unter den Tisch. Kein Delegierter machte auch nur den Vorschlag, ihn für ein weiteres Jahr ins DFG-Kuratorium zu wählen.

Inzwischen erschien seit einigen Monaten, mit kleiner Auflage, wieder Küsters Wochenzeitung, zunächst unter dem Titel "Ohne uns", und schon wenig später altbekannt als "Das Andere Deutschland". Die Redaktion bestand aus Fritz und Ingeborg Küster, einigen freien Mitarbeitern und lebte ansonsten von den Einsendungen meist langjähriger Leser. Das Verhältnis AD - DFG entwickelte sich in den folgenden Jahren nur sehr zögerlich. Die Organisation war marode, überaltert und verlor ständig an Mitgliedern. Junge Leute schlossen sich fast überhaupt nicht der DFG an, wie auch die damalige DFG-Bundesjugendreferentin Elisabeth Schroeder klagte.

1953 wurde Dr. Alfons Spielhoff aus Essen zum neuen Vorsitzenden des traditionsreichen Westdeutschen Landesverbandes der DFG gewählt. Ein junger Mann, gerade 41 Jahre alt, der sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hatte, die DFG aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken. In vieler Hinsicht dem jungen Küster und dessen Anfängen in der Weimarer Republik sehr ähnlich, begann Spielhoff die Wiederbelebung des Westdeutschen Landesverbandes. Es blieb ihm nicht verborgen, welche Möglichkeiten die DFG bei einer Zusammenarbeit, einer Reaktivierung der Verbindung DFG/AD

gehabt hätte. Spielhoff trat diesbezüglich in einen intensiven Gedankenaustausch mit Küster und plante mit diesem gemeinsam ab Ende 1953 den Neuaufbau. Spielhoff forderte eine straffe Zentralisierung innerhalb der Organisation, die Auflösung der Landesverbände, die enge Zusammenarbeit der DFG mit dem "Anderen Deutschland" und die Ablösung des im Schnitt etwa 60jährigen DFG-Bundesvorstandes. Es ist zu einer Umsetzung dieser Pläne nicht gekommen. Zum einen, weil sich Spielhoff 1953/54 innerhalb der Organisation noch nicht durchsetzen konnte und zum anderen, weil es bereits auf der Essener Bundestagung der DFG im Herbst 1954 zum endgültigen Bruch zwischen Küster und der Friedensorganisation kam.

DFG-Präsident Pastor Wenzel hatte den Vorschlag eingebracht, die Organisation sollte den Versuch unternehmen, Gelder der Bundeszentrale für politischen Heimatdienst zu beantragen. Für Küster ein ganz unmögliches Vorhaben, dessen Realisierung die finanzielle Abhängigkeit der Organisation von der Adenauer-Administration bedeutet hätte und zudem deshalb stark zwielichtig auf Küster wirkte, da er die Bundeszentrale für politischen Heimatdienst für revanchistisch hielt. Küster reagierte auf die Mehrheit der Bundestagung für Wenzels Antrag konsequent und trat noch auf dem Kongreß aus der DFG aus.

Dr. Alfons Spielhoff, mit dem Küster auch weiterhin in engerer Verbindung stand, scheiterte mit seinem Vorhaben übrigens auch. Auf der Wiesbadener Bundestagung der DFG im Herbst 1959, 30 Jahre nachdem Küster die Leitung der Organisation erfolgreich übernommen hatte, ging Spielhoffs Versuch, die Bundesvorstandswahl in seinem Sinne zu entscheiden, endgültig negativ aus. Auch Spielhoff zog die Konsequenz, aus der DFG, deren altgediente Funktionäre sich als zäher als seine Veränderungspläne erwiesen, auszutreten.

Fritz Küster sah in der Neutralisierung Gesamtdeutschlands in den 50er Jahren ein wichtiges politisches Ziel. Er propagierte deshalb für Gesamtdeutschland den Verzicht eines Beitritts zu einer der sich gegenüberstehenden Mächtekoalitionen und den Verzicht auf das Recht der Kriegsführung und der Unterhaltung einer eigenen Kriegsmacht. Bezogen auf die Bundesrepublik bedeutete dies die entschiedene Ablehnung der Remilitarisierung. Die verbreitete und auch von der DFG vertretene Auffassung, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung sei kommunistisch unterwandert, lehnte Küster klar ab. Nur Abhängige und Feiglinge ließen sich dadurch abhalten, zu sagen und zu tun, was die Stunde erfordere. Männer und Frauen, die für ihre Überzeugung während der Nazi-Zeit - wie er - ins KZ gegangen seien, hätten es nicht nötig, sich von damaligen Komplizen der Diktatur oder von Emigranten mit bewegter Vergangenheit Noten über demokratische oder antidemokratische Gesinnung erteilen zu lassen.

Immer wieder gab es in diesen Jahren Versuche, das "Andere Deutschland", wohl auch wegen seines inzwischen leicht mißverständlichen Titels, als ein kommunistisches Tarnorgan zu diffamieren. So z.B. durch den CDU/CSU-Informationsdienst am 24. September 1952. Küster sah darin den Versuch, die verständigungsbereite Presse durch Verunglimpfungen zu ruinieren. Er reagierte erbittert: Das AD habe seine Grundtendenz schon zu einer Zeit vertreten, als man den Verfassern derartig verlogener Pressenotizen noch die Hosen von hinten zugeknöpft habe. Sie werden sich unschwer vorstellen können, wie Küster einige Jahre später, 1960, reagierte, als der frischgewählte DFG-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Schmidt, in Unkenntnis des vorher Geschehenen, eine gleichartige Vermutung - ganz objektiv natürlich eine Diffamierung - äußerte.

Auf eine ganze Serie von Prozessen, die Küster in den 50er und 60er Jahren aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit zu

überstehen hatte, u.a. gegen den früheren SS-General und späteren Bürgermeister Westerlands Reinefahrt und gegen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, kann ich aus Zeitgründen nicht eingehen.

Küster, der nach 1951 parteilos blieb, sah die Aufgabe des AD in den 50er Jahren darin, in allen Parteien, ohne Ausnahme von links bis rechts, weiter an Boden zu gewinnen und als "Sauerteig" zu wirken:

"(Das AD) wird gelesen z.B. in der Universität Moskau und in der Pariser Sorbonne, von armen Rentnern, denen es schwerfällt, den Abonnementsbeitrag zu erschwingen, und von Universitätsprofessoren. Und nicht zuletzt auch von politischen Gegnern. Damit beweist es auch seine völlige Ungeeignetheit, in irgendeine Parteischablone eingezwängt zu werden."

Diese Formulierung Küsters ist sicher positiv gemeint und doch deckt sie unfreiwillig auch eine objektive Schwäche des Blattes auf. Denn außer einigen "armen Rentnern" - deren Zahl zudem ständig abnahm - lasen hauptsächlich Intellektuelle in Ost und West das Blatt. Nehmen wir z.B. Max Seydewitz und Thomas Dehler. Nur: Eine Breitenwirkung erzielte "Das Andere Deutschland" schon lange nicht mehr. Da half auch Küsters zynische Einschätzung, jeder Leser halte das Blatt, das er verdiene, nicht weiter.

Politisch propagierte Küster in den 50er Jahren den Ausbau der außerparlamentarischen Opposition, deren Tätigkeit auf überparteilicher Basis zu erfolgen habe. Neutralisten gebe es in jeder Partei und außerhalb der Parteien. Küster forderte ihren organisatorischen Zusammenschluß auf breitester Grundlage, um vor allem die sozialdemokratische Opposition in Zugzwang zu setzen. Dem Adenauerschen Schwertglauben müsse konsequent entgegengetreten werden. In seinem Artikel "Persönlichkeiten nach vorne!" im AD vom 5. Mai 1956 forderte Küster erneut die Bildung einer überparteilichen

Bewegung als Dachorganisation der Friedensbewegung. Als Vorbild seiner Überlegungen nannte er die "von ihren eigenen Vätern zerstörte" Paulskirchenbewegung. Auf diesem Wege könnten auch Männer wie Wilhelm Elfes, der Vorsitzende des Bundes der Deutschen und Dr. Diether Posser, damals ein Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, für zentrale Ziele dienstbar gemacht werden. Mit einem überparteilichen zentralen Führungsstab könnte ein Hebel zur Abwehr des Barras, zur Propagierung der Neutralisierung und damit der deutschen Wiedervereinigung geschaffen werden, und wörtlich:

"Tausende aktiver Menschen warten darauf, daß so etwas wie eine neue Paulskirchenbewegung entsteht, aber sie muß dann auch von einem Führerkreis ohne Sonderbestrebungen planmäßig gesteuert werden."

Auch dieser Aufruf Küsters fruchtete, wie wir heute wissen, nicht. Im Gegenteil. Die CDU/CSU erreichte in der Bundstagsneuwahl 1957 einen ungeheuren Wahlsieg, wenn dieser auch ganz sicher nicht als ein Votum für die Remilitarisierung gewertet werden kann. Hier spielten ökonomische Aspekte und der planmäßig gesteuerte Antikommunismus der 50er Jahre eine wahlentscheidende Rolle.

Fritz Küster erlitt im Sommer 1958 einen schweren Schlaganfall. Er hatte jahrelang bis an die Grenzen seiner Kraft gearbeitet, ohne sich auch nur einen Tag Ruhe oder gar Urlaub zu gönnen.

Was wäre angesichts dieser Entwicklung verständlicher als ein Rückzug des 69jährigen Mannes gewesen? Doch getreu seiner alten Devise "Der Kampf geht weiter!" bäumte sich Küster noch einmal auf, lernte mit links zu schreiben und gegen seine Krankheit zu kämpfen. Das kaum glaubliche geschah: Fritz Küster kehrte 70jährig zurück in die Redaktion und führte seine Zeitung noch bis ans Jahresende 1962 weiter,

trotz aller gesundheitlicher Schwierigkeiten und einer Lähmung, die er nie mehr überwand.

Seinem alten Weggefährten Professor Friedrich Wilhelm Foerster schrieb er 1960, für ihre entschieden demokratische Auffassung sehe er in dieser Welt, die ihnen ab 1945 präsentiert worden sei, keinen Platz mehr. Mit den scheinheiligen Freiheitsidealen der westlichen Welt, die den erwachenden Völkern mit der Schnapsflasche und der Bibel Grund und Boden und Freiheit genommen habe, wolle er - Küster - nichts mehr zu tun haben.

Am Sonntag, dem 3. April 1966, wurde Fritz Küster in das Hannoversche Krankenhaus Oststadt eingewiesen. Hier starb er nach zehn Tagen am 13. April 1966 im Alter von 77 Jahren.

Anna Seghers schrieb damals, Küster werde durch seine wertvolle friedliebende Arbeit vielen Menschen im Gedächtnis bleiben. Lassen Sie mich hinzufügen, daß wir unsere Arbeit im Fritz Küster-Archiv unter diesen Vorsatz gestellt haben.

Die Autoren

LOTHAR WIELAND (1952)

Studium der Geschichte und Anglistik an der Universität Bremen, 1. Staatsexamen 1978, 2. Staatsexamen 1983. Promotion zum Dr. phil. 1981 mit einer Dissertation über deutsche Kriegsverbrechen in Belgien während des ersten Weltkrieges (Belgien 1914, Frankfurt/Main 1984). Zahlreiche Publikationen zum Thema "Pazifismus". In Kürze erscheint "Sozialdemokratie und Pazifismus 1914 - 1918". Z.Zt. als Lehrer tätig.

STEFAN APPELIUS (1963)

1982 Kriegsdienstverweigerung, 1983 - 1985 Zivildienst. 1985-1989 Studium der Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Oldenburg. Seit 1986 Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung; ab 1987 Aufbau des und Mitarbeit im Fritz Küster-Archiv. 1987 Begabtenpreis des Nieders. Ministers für Wiss. und Kunst. Mehrere Veröffentlichungen und Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zum Thema "Pazifismus". Z.Zt. Vorbereitung auf die Promotion über "Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945 - 1968".